

stz Südthüringer Zeitung

"Heftig, aber nicht zu umgehen"

Erschienen im Ressort Bad Salzungen am 27.01.2010 00:00

Vachas Bürgermeister Frank Pach über Finanzen, Ärgerliches und Einheitsgemeinde

"Heftig, aber nicht zu umgehen"

Vacha - Wie in den meisten Kommunen wird auch in Vacha das Geld knapper. Bürgermeister Frank Pach (SPD) blickt zurück auf



Frank Pach (SPD), Bürgermeister der Stadt Vacha.
Bild:

Geleistetes und Ärgerliches 2009 und spricht über Wünsche und Pläne für 2010.

Was war positiv für Vacha im vergangenen Jahr?

Dass wir noch nicht wussten, wie sich die Wirtschaftskrise tatsächlich auswirkt (lacht). Also positiv war, dass 2009 noch ein relativ gutes Haushaltsjahr war - mit einer ganzen Menge Vorhaben, die wir umsetzen konnten.

Was wurde umgesetzt?

Durch das Konjunkturpaket II konnten wir Maßnahmen angehen, die wir Anfang des Jahres gar nicht im Haushalt vorgesehen hatten. Der Großteil dieser Fördermittel ist im Kindergarten verarbeitet worden. Dort haben wir rund 200 000 Euro umgesetzt, die restlichen 50 000 werden dieses Jahr kommen. Die größte Maßnahme im Haushalt war die Turmsanierung für 315 000 Euro über das Städtebauförderprogramm. Wir haben mit dem Aufsetzen der Dachhaube begonnen. Die Außentreppe muss in diesem Jahr kommen, damit die Leute den Turm besteigen können. Dann haben wir noch einen Traktor für 70 000 Euro erworben. Das war nötig, weil unsere alte Technik endgültig ausgefallen ist und eine Reparatur nicht mehr möglich war. Das waren die großen Sachen - hinzu kommen eine Menge kleinere Dinge. Was uns jedes Jahr drückt, sind Ausgaben im Zusammenhang mit der Kläranlage, da haben wir Beiträge und Mitfinanzierungen zu leisten. Das ist in der Summe ein größeres Paket. Allein 2007 haben wir 1,2 Millionen Euro Kredit aufgenommen, um unsere Mitfinanzierungsanteile an den Wasserverband zahlen zu

können.

Sind 2009 Vorhaben liegengeblieben?

Ja. Wir mussten die Sanierung der Klosterkapelle aussetzen. Die Dachsanierung sollte noch über die Städtebauförderung laufen. Dafür waren 132 000 Euro vorgesehen. Das konnten wir nicht umsetzen, weil es noch Klärungsbedarf, zum Beispiel bei Denkmalfragen, mit dem Kreiskirchenamt gab. Wir haben jetzt zusammengesessen und ich denke, dass wir in diesem Jahr mit der Sanierung beginnen können.

Hat Sie etwas geärgert im vergangenen Jahr?



In diesem Jahr soll mit der Sanierung der Klosterkapelle begonnen werden.

Bild: Heiko Matz

Die Schließung von Nexans war die schlimmste Erfahrung, die ich 2009 machen musste. Das hat die Finanz- und Wirtschaftskrise noch überdeckt. Das war für mich heftiger, weil es viel persönlicher war: Es traf Menschen, die man kennt, die dort beschäftigt waren. Diese Werksschließung war das Problem mit der schwerwiegendsten Auswirkung für die Stadt. Vordergründig nicht finanziell: Seit Nexans in Vacha ist, haben wir nicht einen Euro Gewerbesteuer bekommen - ich denke, weil es bilanziell immer möglich war, irgendwo Verluste zu erwirtschaften, die am Ende zu null Gewinn geführt haben. 2009 bekamen wir auf einmal vom Finanzamt einen Bescheid, dass Nexans gewerbesteuerpflichtig geworden ist - das ist immer rückwirkend - und haben dann das erste Mal eine relativ gute Gewerbesteuerzahlung bekommen. Das ist paradox: Nun, als man weiß, das Werk wird geschlossen, kommt eine Zahlung. Es kann sein, dass wir in diesem Jahr noch mal Gewerbesteuer bekommen, von einem Werk, das wir nicht mehr haben. Aber natürlich hat uns die Schließung geärgert: Zum einen, die Art, wie es passiert ist - diese Kälte und die Oberflächlichkeit nach außen, mit der so etwas abgewickelt wird -, das war nicht fair der Kommune und den Beschäftigten gegenüber. Und dass man nicht ehrlich war: Ich bin überzeugt, dass wir nicht die volle Wahrheit für die Schließung erfahren haben, die 300 Arbeitsplätze betrifft. Die Beschäftigten im Kabelwerk haben viele Jahre gutes Geld verdient, dadurch haben wir über die Lohneinkommenssteueranteile auch Einnahmen für die Stadt generiert. Hier werden wir die deutlichsten Auswirkungen der Werksschließung spüren. Die meisten ehemaligen Kabelwerker sind jetzt in einer Beschäftigungsgesellschaft, werden noch ein Jahr weiter bezahlt, bis sie endgültig aus dem Lohngefüge herausfallen, sodass wir die reale Auswirkung wahrscheinlich erst 2011 zu spüren bekommen.

Wie hat sich die Krise auf die Stadt ausgewirkt?

Die Folgen waren im letzten Jahr für die Gemeinden und den Kreis noch nicht so spürbar, weil durch die Berechnungsgrundlagen die Einkommens- und Gewerbesteuer immer ein, zwei Jahre hinterherhinken. Den Einbruch merken wir erst jetzt, 2010, voll.

Das Geld wird knapper?

Ja. Wir sind jetzt dabei, den Haushalt aufzustellen. Unsere Kämmerin ist im letzten Jahr ausgefallen und die Aussichten, dass sie wiederkommt, sind nicht groß, sie ist sehr krank. Das hat uns, was die Aufstellung der Haushalte angeht, zurückgeworfen. Aber jetzt steht der Verwaltungshaushalt, der Vermögenshaushalt ist zahlenmäßig zusammengestellt. Wir werden 2010 einen Investitionshaushalt haben, der nur noch bei 270 000 Euro liegt, was den Eigenanteil angeht. Insgesamt werden die Ausgaben eine Höhe von etwa 670 000 Euro haben, das ist relativ wenig. Wir lagen in den Vorjahren deutlich drüber, im Schnitt bei 1,5 Millionen Euro. Dieser Rückgang ist die erste Auswirkung der Krise. In den Entwurf sind schon einige heftige Veränderungen eingearbeitet, die der Stadtrat absegnen muss. Tut er das nicht, ist dieser Entwurf Makulatur. Das betrifft ein paar Einnahmepositionen, die wir steuern können, zum Beispiel die Hebesätze bei der Grundsteuer B und bei der Gewerbesteuer, wo wir mit 300 deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen. Hier werde ich vorschlagen, dass der Hebesatz jeweils auf 330 angehoben wird; das ist immer noch etwas unter Durchschnitt. Und ich werde dem Stadtrat vorschlagen, die Benutzungsgebühren für die Kindertagesstätte zu erhöhen, um wenigstens 20 Prozent. Das ist heftig, aber nicht mehr zu umgehen.

Und wird für heftige Diskussion sorgen?

Ich schlage das nicht vor, damit einfach mehr Einnahmen kommen: Die Ausgaben im Kitabereich sind in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Die gesetzlichen Veränderungen haben dazu geführt, dass die Gemeinden einen deutlich höheren Zuschuss für die Kitas zahlen müssen. Schon 2009 bekamen wir die heftigen Auswirkungen der Thüringer Familienoffensive der alten Landesregierung zu spüren: Im Vergleich zum Vorjahr hatten wir um 150 000 Euro höhere Kosten. In diesem Jahr gibt es noch mal eine deutliche Steigerung. Die Löhne sind durch Tarifierpassungen deutlich gestiegen, da kommt zwangsläufig der Punkt, die Eltern an den Kostensteigerungen zu beteiligen. Das ist zwar nicht schön, aber leider unumgänglich. Jeder Euro, der im Verwaltungshaushalt weniger eingenommen wird, fehlt im Vermögenshaushalt. Über das Geld im Vermögenshaushalt kann man ja nicht ganz frei entscheiden, da sind Positionen, die nicht weggedrückt werden können. Das sind einmal die Verpflichtungsermächtigungen, wo die Stadt vertraglich zu Zahlungen verpflichtet ist, und die zweite feststehende Ausgabeposition ist die Tilgung der Schulden. Wir müssen alleine rund 190 000 Euro an Tilgungsleistungen jährlich bringen, weil die Verschuldung der Stadt Vacha, zum Beispiel auch durch die 1,2 Millionen Euro, die wir 2007 aufnehmen mussten, sehr hoch ist. Sie liegt für 2010 bei 999 Euro pro Kopf. Für die Verpflichtungsermächtigungen müssen wir 105 000 Euro zahlen, sodass insgesamt im Vermögenshaushalt schon 295 000 Euro fest gebunden sind. Da bleibt nicht mehr viel für Investitionen übrig. Das Ganze funktioniert also nur, wenn im Verwaltungshaushalt Einnahmen erhöht und Ausgaben verringert werden.

Wird in diesem Jahr überhaupt investiert werden?

Wir sollten die Städtebauförderung weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten bedienen. Wir müssen den zweiten Bauabschnitt Burgturm für 72 000 Euro fertigstellen, sonst hat die Gesamtmaßnahme keinen Sinn. Dann hätten wir die Haube aufgesetzt, aber niemand kommt hoch. Wir wollen das Dach der Klosterkapelle sanieren, Kosten: 132 000 Euro. Auch das kommunale Förderprogramm werden wir wieder bedienen: Zuschüsse für Privatleute, die an Gebäuden im Sanierungsgebiet Veränderungen vornehmen - Fenster, Fassade, Ähnliches. Dafür schöpfen wir jährlich rund 10 000 Euro aus. Und wir würden gerne den Architektenwettbewerb für die Gestaltung des Rathauses starten. Kosten: zirka 50 000 Euro. Das wird eine größere Sache, wir müssen in den Folgejahren das Rathaus sanieren. Dann haben wir

die Dorferneuerung in Oberzella, die in diesem Jahr auch physisch beginnt. Die Jahre zuvor war Planungsphase. Wir wollen das Feuerwehrgerätehaus im ersten Bauabschnitt sanieren, dafür sind 180 000 Euro vorgesehen. Und aus dem Konjunkturpaket haben wir noch Restleistungen von etwa 70 000 Euro, die wir umsetzen müssen.

Werden freiwillige Aufgaben gekürzt?

Wir befinden uns (noch) nicht in der Haushaltssicherung, wir haben daher auch keine Auflagen von der Kommunalaufsicht zu erwarten, freiwillige Aufgaben zu streichen. Das will ich auch unbedingt vermeiden, ich will die Stadt handlungsfähig halten. Aber natürlich stehen auch freiwillige Aufgaben zur Diskussion. So werde ich dem Stadtrat vorschlagen, die Vereinsförderung erst einmal von 10 000 auf 2000 Euro herunterzusetzen. Das müssen die Vereine verstehen: Wenn ich in einer schwierigen Haushaltslage bin, kann ich den Topf nicht so aufmachen, wie ich das die Jahre zuvor getan habe. Allgemein schlage ich vor, die Ausgabepositionen Betriebskosten und Unterhaltung noch einmal zu überarbeiten und z.B. Beschaffungskosten zu reduzieren. Die Bücherei wird noch im Haushalt enthalten sein. Daran möchte ich eigentlich festhalten. Das Schwimmbad ist auch noch drin, wir müssen aber darüber ehrlich reden: Allein der Betrieb kostet die Stadt für gerade einmal anderthalb Monate Nutzung 60 000 Euro im Jahr. Auch der Jugendclub wird geöffnet bleiben. Insofern haben wir schon noch freiwillige Leistungen im Entwurf des Haushalts 2010. Das wäre alles anders, wenn der Verwaltungshaushalt nicht auszugleichen wäre und die Kommunalaufsicht Vorgaben für die dann notwendige Haushaltssicherung machen müsste. Alle freiwilligen Leistungen stünden dann zur Diskussion. Deswegen schlage ich vor, die Einnahmen in einigen Bereichen vertretbar zu erhöhen und die Ausgaben an schmerzfreien Positionen deutlich zu senken.

Wie ist Ihre Position zur Kreisumlage?

Alle Gemeinden sind gezwungen, ans Eingemachte zu gehen, also Geld freizusetzen in Bereichen, wo es richtig wehtut, um noch einigermaßen investieren zu können. Das erwarte ich auch vom Landkreis. Man kann sich dort nicht zurückziehen und sagen: "Ich lass' es so, wie es ist, und das notwendige Geld ziehe ich von den Gemeinden." Auch der Kreis muss reagieren und seine Investitionen anpassen. Wir haben in den letzten 20 Jahren sehr viel erreicht: Straßenbau, Schulen usw. Da kann man auch mal wenige Jahre kürzer treten. Den ernsthaften Willen dazu sehe ich im Moment bei der Kreisverwaltung nicht.

Welche persönlichen Hoffnungen haben Sie für 2010?

Ich wünsche mir, dass wir alle gesund bleiben. Unserer Kämmerin wünsche ich von ganzem Herzen, dass sie gesund wird. Das ist das Wichtigste - alles andere kommt von alleine. Wir werden lernen müssen, mit dem, was wir haben, sinnvoll umzugehen. Das wird relativ schnell passieren, da die Gemeinderäte sich in sehr engen Grenzen bewegen müssen. Ich wünsche mir von allen Beteiligten mehr Respekt dem anderen gegenüber und mehr Gelassenheit im Umgang miteinander. Dann haben wir schon eine ganze Menge gewonnen. Und ich wünsche mir, dass wir den Gedanken Einheitsgemeinde nicht aus den Augen verlieren.

Interview: Beate Funk

Alle Rechte vorbehalten.
